

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes Westlicher Textilarbeiter

Verlag Heinr. Jahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Achen, Krefeld, Ruth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 28

Düsseldorf, den 16. Juli 1932

Verbandort Krefeld

frei Volk — frei!

M. In einer Zeit, da die außenpolitischen Auseinandersetzungen und der Kampf um die nationale Befreiung Deutschlands und die Beseitigung des Tributzwanges seiner Entscheidungsgemeinde, gestalten sich auch die innerpolitischen Auseinandersetzungen immer mehr zum entscheidenden Endkampf. Wohl bemerkt: Dieser Kampf um die innerpolitische Führung des deutschen Volkes ist nicht erst von heute und gestern, es ist ein Kampf, der seit Monaten das gesamte deutsche Volk bewegt. Ein Kampf, der insbesondere die Massen der unteren Volkschichten, die Arbeiterschaft, angeht. Sie sollte bis auf den letzten Mann wissen, um was es in dieser Entscheidung geht. Es ist nicht mehr eine Auseinandersetzung um parteipolitische Sonderinteressen oder Sonderbelange, sondern eine grundsätzliche Entscheidung, ein Kampf zwischen den beiden großen Extremen: soziale Reaktion und sozialer Aufbau.

Wir haben wiederholt an dieser Stelle darauf hingewiesen, welches das letzte Ziel der Gegner des „Systems“, der Gegner des sozialen Volksstaates ist. Der Missbrauch der Worte „sozial“ und „national“ durch jene reaktionären Gruppen ändert nichts daran, daß letztes Ziel ihrer politischen Aktion die Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft ist. Die Entfesselung der politischen Leidenschaften, wie wir sie in den kommenden Wochen wiederum erleben werden, dient ihnen lediglich zur Errichtung dieses Ziels. Die Hintermänner jener Propaganda, mit denen man die Massen irre zu führen sucht, wissen sehr wohl, daß sie umso leichter dieses Ziel erreichen, je besser es ihnen gelingt, die einzelnen Volkschichten gegeneinander auszuspielen und insbesondere in die Masse der Arbeiterschaft den Keil der Uneinigkeit, der gegenseitigen Entfremdung und Verfeindung zu treiben. Darauf ist es nicht von ungefähr, wenn die Gewerkschaften aller Richtungen angesichts dieser drohenden Gefahren für den Arbeitervstand mit Nachdruck auf die notwendige Einigkeit der in den Gewerkschaften zusammengefügten Arbeiterschaft hinweisen. Denn je tiefer politische Meinungsverschiedenheit ihre Furchen in unser Volk zieht, umso notwendiger ist diese leichte Rückendeckung, die die Arbeiterschaft in der Wahrung ihrer Belange durch die Gewerkschaften findet.

Der Wechsel in der Regierung hat der Arbeiterschaft die Augen geöffnet. Das Kabinett Schleicher-Baen, das mit dem großen Wort von der „nationalen Konzentration“ das Ruder unseres Staatschiffes ergriffen hat, fand bis heute noch keine anderen Regierungsmassnahmen, als Massenbelastungen und Sonderbelastungen in der Arbeiterschaft. Die Taten, nach denen dieses Kabinett selbst forderte, beurteilt zu werden, sagten uns deutlich genug, was der Zweck dieses Regierungswechsels war: Durch die Beseitigung des Kabinetts Brüning ist der Weg, so hoffen jene Kreise, die hinter der neuen Regierung stehen, freigemacht worden für die Zurückführung der Arbeiterschaft in Vorkriegsreichlosigkeit und Abhängigkeit von den Besitzenden. Die Worte in der Regierungserklärung vom „Wohlfahrtsstaat“, der die moralischen Kräfte unseres Volkes ausöhlt, der Hinweis auf die „Anpassung der Lebenshaltung unseres Volkes an die Not des Staates“ u. Ä. dokumentieren das deutlich. Der letzte Sinn dieser Worte ist die weitere Einschränkung der Lebensansprüche und Lebensmöglichkeit der deutschen Arbeiterschaft. Eine kleine Schicht von Sonderbegünstigten will wiederum für sich allein das Privileg des Wohlstands und des Wohlbebens in Anspruch nehmen. Die Allgemeinheit soll dafür die Lasten aufbringen. Die Arbeiterschaft insbesondere soll wiederum der Packesel sein. So ist diese Gesamtwendung in der politischen Führung eine klare Frontwendung gegen die Arbeiterschaft. Diese Front geht klar und scharf gegen die Idee vom sozialen Volksstaat und gegen den Gedanken der Gleichberechtigung des gesamten Volkes.

Die Arbeiterschaft muß sich gegen dieses Streben nach einer neuen Ständediktatur mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Die Zeiten sind vorbei, da das deutsche Volk von Junkern und Militärs oder Großindustriellen und sogenannten Wirtschaftsführern sich diktionieren ließ. Die Zeiten sind insbesondere vorbei, da man der deutschen Arbeiterschaft das zumindesten konnte. Eine Jahrzehntelange wirtschaftliche und geistige Schulung hat die deutsche Arbeiterschaft längst über jenes Niveau hinausgehoben, da man ihr das bieten konnte. Ebenso wenig wie die deutsche Arbeiterschaft sich in einen Kommunismus und russischen Bolschewismus einzufügen kann, ebenso wenig kann sie sich einzufügen in eine solche Klassendiktatur und Entrechtung. Das muß in den kommenden Wochen von uns immer wieder mit aller Deutlichkeit herausgestellt werden.

Das ist über allen anderen Fragen der politischen Auseinandersetzung die Grundfrage: freies oder entrichtetes Volk. Unsere Antwort darauf kann nur sein: ein freies Volk und eine freie, gerechte, sozialistische Arbeiterschaft! Dafür gilt es auch in den kommenden Wochen der politischen Auseinandersetzungen uns mit allen Mitteln einzusezen. Das vornehmlichste und sicherste Mittel für die Sicherung dieses unseres Freiheits- und Volksrechtes aber ist die Gewerkschaft. Sie als

Kurswechsel im Reichsarbeitsministerium

Seitdem Herr Dr. Schäffer die Geschäfte des Reichsarbeitsministeriums übernommen hat, ist im staatlichen Schlüttungswesen ein deutlicher Kurswechsel zu beobachten. Die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen ist zwar formell nicht aufgehoben, doch praktisch „außer Kurs“ gesetzt. Es wird eben kein Schiedsspruch mehr verbindlich erklärt. Damit ist das Hauptstück aus der staatlichen Lohnregelung herausgenommen und diese selbst praktisch aufgegeben. Durch diese neue Handhabung des Schlüttungswesens will das Reichsarbeitsministerium angeblich „das Verantwortungsbewußtsein der Tarifparteien stärken“. Wir befürchten jedoch, daß dieses dazu führt, daß in weiteren Tarifgebieten tariflose Zeiten kommen, oder aber, daß die Arbeitgeber, wie es lebhaft noch in einer Reihe von Tarifbezirken in der Textilindustrie der Fall gewesen ist, unter Aufkündigung der Einzelarbeitsverhältnisse versuchen werden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig zu diktieren.

Dieses Entgegenkommen des Reichsarbeitsministeriums genügt jedoch den Arbeitgeberverbänden anscheinend nicht. Sie richten neuerdings ihr Hauptbestreben auf die Beseitigung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge. Bei fast allen Tarifverhandlungen der letzten Zeit stellen die Arbeitgeber die Forderung nach Aufnahme der sogenannten „Abdingungsklausel“. Diese soll für einzelne Betriebe die Möglichkeit untertariflicher Bezahlung schaffen. Bisher haben sich die Gewerkschaften mit Erfolg gegen die Einführung dieser Klausel wehren können. Nunmehr zeigen jedoch auf einmal auch die staatlichen Schlüttungsinstanzen auf der ganzen Linie diesen Bestrebungen gegenüber ein so großes Verständnis, daß dieses häufig machen muß. Man kann sich des Verdachts nicht erwehren, daß dieses Verständnis auf den Kurswechsel und auf die Stimmung und Meinung im Reichsarbeitsministerium zurückzuführen ist. Die Arbeitnehmer werden sich wie bisher gegen die Bestrebungen energisch zur Wehr setzen. In Tarifverträgen, denen die Unabdingbarkeit fehlt, haben die Gewerkschaften kein Interesse mehr, weil hier die Gefahr vorliegt, daß diese Klausel nicht nur in Ausnahmefällen angewendet, sondern dazu führen kann, daß das ganze Lohnniveau in einem Tarifbezirk noch weiter heruntergedrückt wird.

Die neue Reichsregierung hat gewünscht, daß man sie nach ihren Taten beurteilen soll. Ihre bisherigen Taten auf sozialpolitischem Gebiete zeigen, daß die Arbeiterschaft von dieser Regierung nicht viel Gutes zu erwarten hat. Sie wird in der Zukunft noch mehr als bisher auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Hieraus gilt es, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und für die Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung Sorge zu tragen.

Am 4. Juli wurde vor dem stellvertretenden Schlichter in Dortmund ein neues Lohnabkommen und ein neuer Manteltarif für die münsterländische Textilindustrie abgeschlossen. Die Löhne werden durch das Grundschema um 5,5 Prozent gesenkt. Der neue Lohntarif soll mit monatlicher Frist erstmals zum 31. Oktober kündbar sein. Beim Manteltarif wird für Nachtarbeit statt bisher 25 Prozent in Zukunft 10 Prozent gezahlt. Bei Betriebsstörungen wird für die erste ausfallende Schicht vier Stunden und für die folgenden Schichten je zwei Stunden vergütet. Die Urlaubsergütung wurde dergestalt geregelt, daß Kurzarbeit Berücksichtigung findet, jedoch sollen mindestens 30 Stunden als Urlaubsvergütung gezahlt werden. Für das Rotjahr 1932 sollen fünf Schichten der vorstehenden Vergütung, jedoch mindestens 30 Stunden gezahlt werden. Der Manteltarif ist erstmals mit dreimonatlicher Frist zum 30. Juni 1933 kündbar.

Für Kassel und Umgegend wurde ebenfalls ein neuer Manteltarif geschaffen. Auch hier soll bei der Feiertagsvergütung die Kurzarbeit Berücksichtigung finden. Weiter wird der Akkordzuschlag für Weber und Webermann an drei Stufen von 25 auf 20 Prozent ermäßigt.

Leider gibt uns über allem politischen Recht die lehre Selbstbehauptung und Selbständigkeit. Sie ermöglicht uns insbesondere jene Selbsthilfe, auf die es jetzt mehr denn je ankommt. Seien wir darüber klar: Wenn unter einer Regierung Brüning und unter Führung eines Arbeitsministeriums durch Stegerwald in der Staatsführung der Schuh des sozial Schwächeren — also der Arbeiterschaft — gewählt war, so ist es jetzt damit vorbei. Vom Schutz ihrer Belange durch den Staat hat bei der gegenwärtigen Regierung die Arbeiterschaft nichts zu erwarten. Im Gegenteil: die Praxis des neuen Arbeitsministeriums zeigt, daß es viel eher geneigt ist, die Belange der Arbeiterschaft den Interessen der Schwer-

Dieser neue Manteltarif kann erstmals zum 31. März 1933 gekündigt werden.

Der Reichsarbeitsminister hat den Antrag der Gewerkschaften auf Verbindlicherklärung des Schiedsspruches für die münsterländische Textilindustrie, der eine Verlängerung der Lohnsätze bis Ende Juli vorsah, abgelehnt.

In der Krefelder Seidenindustrie ist eine Verständigung auf Grundlage der Schiedssprüche vom 18. Juni erfolgt. Die Laufdauer des Lohntariffs wurde auf Ende September festgesetzt.

Katastrophenpolitik!

Raum ist die neue Notverordnung mit ihren für die Arbeitnehmerchaft sichtbaren Auswirkungen erlassen, und schon melden sich im Lager der Schafsmacher Stimmen, die weiteren Reformen der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge das Wort reden. Sie kommen aus dem Reichsvorstand der deutschen Industrie, der am 24. Juni in Berlin, unter dem Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, eine Hauptausschusstagung abhielt.

Es wurde bei dieser Gelegenheit u. a. auch Kritik an der neuen Notverordnung geübt. Zwar werde in der Notverordnung vom 14. Juni 1932 der erste Wille bekundet, die Haushalte der öffentlichen Körperschaften und der Sozialversicherung vor dem Zusammenbruch zu retten. Aber andererseits würden neue Steuern eingeführt und alte Steuern erweitert, während die Regierung selber sage, daß neue Steuern nur noch zu einer Verschlechterung der Einnahmen führen könnten. Es komme jedoch nur auf eine Verringerung der Ausgaben an. Hierfür bedürfe es in erster Linie der schleunigen Inangriffnahme einer geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einer Reform der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge. Letztere Reformen seien auch deshalb dringend notwendig, um die soziale Fürsorge soweit als irgend möglich zu erhalten.

Mit dieser Kritik gibt der „Reichsverband der deutschen Industrie“ klar zu erkennen, daß nach seiner Meinung die Abstände der jüngsten Notverordnung an der Sozialversicherung nicht weit genug gehen. Seine Forderung „keine neuen Steuern, sondern Verringerung der Ausgaben“ ist nicht anders zu deuten. Zwar wird in diesem Zusammenhang auf eine schleunige Inangriffnahme einer großen Verwaltungsreform hingewiesen. Eine gewiß berechtigte und von uns immer wieder aufgestellte Forderung. Aber im Ernst werden die Herren vom Reichsverband doch wohl selber nicht annehmen, daß nun statt der 400 Millionen neuer Steuern, die für die Arbeitslosenhilfe neben den gewaltigen Kürzungen der Unterstützungen eingeführt wurden, eine Verwaltungsreform mit einem Schlag die Summe erbracht hätte. Wenn wir auch durchaus der Meinung sind, daß derartige Ersparnisse in der Verwaltung erfolgen müßten, so beweist doch die Vergangenheit — und die Industrie ist hier durch ihr Beispiel sicher nicht schuldlos —, daß die Kürzung hoher und höchster Gehälter nur sehr zögernd erfolgt. Die Arbeitslosen auf diese Reform vertrauen, heißt, sie vollends ihrem Schicksal überlassen.

Der Hinweis auf eine weitere Reform der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge beweist schlüssig, welches Ziel man im Auge hat. Die Entrechtung der Arbeitnehmer durch die letzte Notverordnung geht den Herren von der Industrie noch nicht weit genug. Ihr Ziel ist es, die ganze Last der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Alles, was in der Sozialversicherung nach Recht für die Arbeitnehmer aussteht, soll in Fürsorge und Betreuung umgewandelt werden. Weil die jüngste Notverordnung in der Arbeitslosenversicherung das Recht der Versicherten für sechs Wochen bestehen läßt, deshalb soll weiter „reformiert“ werden, bis vollständig reine Bahn geschaffen ist. Hier zeigt sich das Ziel der Schafsmacher in seiner ganzen Brutalität. Eine Industrie, die angefangen ist der gewaltigen Not und der heroischen Opfer des Volkes derartige Ziele verfolgt, treibt Katastrophenpolitik allerschlimmster Art. Mögen diese neuen reaktionären Absichten der Industrie die Arbeitnehmerfest zu geschlossener Abwehr zusammenstoßen! K. M.

industrie preiszugeben und den rückwärtigen Reaktionären im Arbeitgeberlager Konzessionen zu machen und Hilfestellung zu leisten. Das Verhalten des Arbeitsministeriums — insbesondere bei den gegenwärtigen Konflikten in der Textilindustrie — beweist das. So hat die Arbeiterschaft aller Grund auf der Hut zu sein, um sich nicht auch noch die letzten Möglichkeiten ihrer Existenzbehauptung zu lassen. Das muß auch unsere politische Einstellung und Entscheidung in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen bestimmen. Es geht, seien wir uns dessen wohl bewußt, um die Entscheidung! Unsere Parole aber in diesem Entscheidungskampfe heißt: Frei Volk — frei!

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

Nach dem Entwurf für 1932.

Angesichts der gegenwärtigen Kabinettsskrise ist es noch nicht entschieden, ob das neue Reichskabinett sich die Entwürfe des Kabinetts Brüning im Hinblick auf den Reichshaushalt zu eigen machen wird. Nach dem bisher vorliegenden Entwurf sind im Reichshaushalt des Reichsarbeitsministeriums für 1932 rund 50 Millionen Reichsmark weniger als für 1931 in Ansatz gebracht worden. Der Gesamtzuschuß im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt beläuft sich nach dem Entwurf auf 1494 Millionen RM. Infolge der Vierten Notverordnung vermindern sich gegen das Vorjahr die Reichsausgaben zu den Renteien der Invalidenversicherung um rund 4,4 Millionen auf 231,3 Millionen RM. und der Beitrag des Reiches für Steigerungsbeträge der Invalidenversicherung um 8,4 Millionen auf 163,1 Millionen RM. Zur weiteren Entlastung des Reiches soll auch im Rechnungsjahr 1932 von der Zahlung des Reichszuschusses zur Familien-Wochenhilfe abgesehen werden. Zur Erleichterung der knapphaften Pensionsversicherung und zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit sind 58 Millionen RM. angefordert worden, zu denen, wie im Rechnungsjahr 1931, weitere 12 Millionen RM. aus den Reichsmitteln für Zwecke der Invalidenversicherung freien sollen. Die Mittel für die Beteiligung des Reiches an der Altenrentenfürsorge sind um 5 Millionen RM. herabgesetzt worden.

Die Mittel für die Krisenfürsorge für Arbeitslose und die Verwaltungskosten dafür sind unter Vinderung des Vorjahresbetrages um 13,1 Millionen RM. mit insgesamt 891,9 Millionen RM. angehoben worden. Der Ansatz für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge wurde von 30,5 um 28,8 auf 1,7 Millionen RM. herabgesetzt. Dazu wird in der Begründung geagt: Die Mittel werden für laufende Verpflichtungen aus Maßnahmen früherer Rechnungsjahre benötigt (Zinszuschüsse für Reeder, Zinszuschüsse für Notstandsarbeiten, Darlehen für Odebrandkultivierung). Neue Mittel für Notstandsarbeiten werden nicht angefordert, da der Reichsanteil an der verstärkten Förderung für Notstandsarbeiten von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. auszubringen ist. Für den Landarbeiterwohnungsbau stehen noch Ausgabenteste aus dem Rechnungsjahr 1931 zur Verfügung.

Der Wohnungsfürsorgefonds ist von 2 Millionen um 1,7 Millionen auf 300 000 RM. gekürzt worden. Für die Beschaffung und Verbesserung von Dauerbedarfen für die landwirtschaftliche Siedlung einschließlich der Flüchtlingsiedlung sind 6,35 Millionen, also 1,24 Millionen RM. mehr angefordert worden. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung durch Gewährung von Einrichtungskrediten werden für 1932 4 Millionen RM. gegenüber 2 Millionen RM. für 1931 angefordert. Mit Rücksicht darauf, daß künftig in vermehrtem Umfang Landarbeiter und geeignete Gewerkschöfe angeworben werden, erhält sich der Bedarf.

Im Laufe des Rechnungsjahrs 1932 soll eine Umbildung der Versorgungsverwaltung durch Auflösung und Zusammenlegung einer größeren Anzahl von Versorgungseinheiten durchgeführt werden. Die Ersparnisse an persönlichen Verwaltungskosten werden, soweit sich dies zurzeit schätzen läßt, etwa 900 000 RM. betragen.

Beamtengehälter und Doppelverdiener

Die Bürosammer des Landgerichtes Dresden hatte sich mit einer Frage zu beschäftigen, die prinzipielle Bedeutung hat. Es handelt sich um die Klage eines Beamten auf Ungültigkeitserklärung der Bestimmungen der fachlichen Sparverordnung vom 21. September 1931, die eine Sonderregelung der Gehälter von Doppelverdienern vor sieht. Das Gericht hat diese Klage des Beamten abgewiesen und darauf hingewiesen, daß unter den heutigen Zeitumständen förmliche Verordnungen, die ihren Beamten Doppelverdiene verboten, durchaus gerechtfertigt seien.

Nichts für ungut!

Hennes war wütend. Mit hoherstimme rief er auf dem Gewerkschaftsbüro hin und her: „Was wollt Ihr denn eigentlich noch mit eurer ganzen Organisation? Es ist einfach töricht, wie Ihr dießen ewigen Schätzchen mitmacht! Und dann habt Ihr noch die Eltern, von Selbsthilfe zu reden. Auch Euch doch mit dieser ganzen Selbsthilfe in Zuständigkeiten! Das kostet ja niemandem einen Cent! Ich kann Euch nicht länger hier drinnen herumsitzen lassen!“ — „Hoppa, sag ein Stück in die See.“

Hennes ritzte die Türe auf und prallte leicht unvorsichtig mit seinem Arbeitskollegen Michael zusammen, der auch zum dem geplagten Gewerkschaftssekretär Peter den Kopf zu stoßen. Der sollte die Schulter tragen an all den Jahren und Stunden, die die Zeit auf sie brachte. Über Michael war bestimmt Peter zu Worte kommen und hätte ihn mit gutem Willen an:

„Stell Michael, wenn wir nur eine Sozialbewegungsmacht wären, dann hättest du vielleicht recht mit deinen Forderungen. Du weißt aber selbst, das zu keinem Leben mit uns abzurechnen. Gern haben wir auch unsere Mitglieder in der Sozialpolitik geführt und geführt; aber das war doch nur ein Teil unseres Aufgabenbereichs. Denke doch nur an die Sozialberatung. Was läuftst du denn, was daraus würde, wenn es keine gewerkschaftliche Organisation gäbe? Weißt du nicht, wie sehr diese Beratung heute bedürftig wird? Wenn wir nicht die Bildung, denn diese soziale Entwicklung zu erhalten? Und noch etwas: frage doch mal die Sitzte der Kollegen, wie froh sie sind über die Unterstützung, die ihnen die Gewerkschaft gibt. Das ist nicht vorgehen, doch an andere Sitzungen wie Beratungen und so weiter. Ich sollte es für ein großes Verdienst der Gewerkschaft sein, wenn Michael die Möglichkeit gegeben ist, sich durch Sitzungen, durch Vorlesungen, durch Zeitschriften und Berichte zum einen ein gesetzliches Wort aufzurufen im sozialpolitischen und sozialen Leben, ganz gewiß nicht zum anderen, um seinen Standes. Denkt du noch, wie es an unserer Stelle weitergehen kann?“

„Das war kein Fehler, der jetzt zu reden. Gern bestens einmal bei einem Griffen. Da habe ich nämlich meine Frau

Notverordnungsfolgen

Die Notverordnung vom 14. 6. 1932 hat bekanntlich alle laufenden Invalidenrenten um 5,— RM. gekürzt. Daraus wurden die hinterbliebenen Bezüge beschnitten, und zwar die Witwenrente um 5,— und die Wallenrente um 4,— RM. Vor der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bestand die Möglichkeit, daß der Witwe, deren verstorbenen Gatte invaliderversichert war, und die nebenher auch aus eigener Versicherung Anspruch auf Invalidenrente hatte, zwei verschiedene Renten nebeneinander gewährt werden konnten. Diese Möglichkeit ist für neu eintretende Versicherungsfälle ab 1. Januar 1932 weggeschlagen. Nur die vor dem 1. Januar 1932 gewährten Doppelrenten wurden wie bisher weitergezahlt. Dabei wurde die höchste Rente voll und die niedrigere Rente nur zur Hälfte gezahlt. Es handelte sich also um eine sogenannte Zusatzrente zur Vollrente.

Sa nun die neue Notverordnung Kürzungen sowohl der Invaliden- als auch der Witwenrenten vorstellt und viele Witwen praktisch Witwenrente neben Invalidenrente beziehen oder umgekehrt, so tritt hier durch die Praxis der Landesversicherungsanstalten eine ganz enorme Kürzung der Bezüge dieser Witwen ein. Sie beträgt 6,— und 5,— RM., also 30 bzw. 11,— RM. In der Notverordnung vom 14. 6. 1932 ist auf diese Fälle an keiner Stelle Bezug genommen worden. Die Bürokratie hat es aber verstanden, die für die Versicherten ungünstigste Auslegung zur Anwendung zu bringen. Weil es sich bei der zweiten Rente lediglich um eine Zusatzrente handelt, durfte hier die Kürzung nicht erfolgen. Es hätte bei der Reduzierung der Hauptrente kein Beweisen haben müssen.

Wenn man aber dieser Bemeisführung nicht folgen will und umgeht, es handelt sich um zwei voneinander unabhängige Renten, so muß man logischerweise auch berücksichtigen, daß es sich in einem Falle um eine halbe Rente handelt. Folglich hätte dann diese Rente nur um den halben in der Notverordnung vorgesehenen Betrag gekürzt werden dürfen. Doch die Praxis bestätigt es immer wieder, daß dieselben Leute, die hier für die Versicherten nur das Ungünstigste — selbst „Unrecht“ — herauslesen, bei der Wahrung ihrer eigenen Interessen die mohlermöglichen Rechte sehr weitherrig für sich in Anspruch nehmen. Bei den geringen Beträgen, die trotz der Doppelrenten dieser Witwen monatlich herauskommen, wäre eine weitherrige Auslegung der neuen Notverordnung am Platze gewesen. Unser Rat muß mit Entschiedenheit gegen derart offensichtliche Ungerechtigkeiten führen werden.

G. W.

Krise durch Lohnabbau

Das Reichsversicherungswesentliche hat soeben die vorläufigen Gedächtnis- und Rechnungsergebnisse der Träger der Unfall- und Invalidenversicherung für das Jahr 1931 veröffentlicht.

Die gesamten Ausgaben in der Unfallversicherung im Jahre 1931 belaufen sich hierauf auf 48,5 Mill. Mk., das sind etwa 11 Mill. Mk. weniger als im Jahre 1930. Das von den Betriebsunternehmen aufzubringende Überschussziel beträgt für das Jahr 1931 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 258 291 500 Mark (1930: 291 800 000 Mk.), bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 86 165 000 Mark (1930: 88 817 600 Mk.).

Die Zahl der versicherten Personen (teilweise geschätzt) ist bei den gewerblichen Betriebsgenossenschaften auf 9 451 200 festgestellt worden gegen 11 238 700 im Vorjahr. Die Zahl der Vollarbeiter (ebenfalls teilweise geschätzt) beläuft sich für 1931 auf 8 345 700 gegen 9 924 100 im Jahre 1930. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung sind neue Feststellungen über die Zahl der Versicherten nicht getroffen.

worden. Es kommen daher 14 054 000 Versicherte, wie bisher, in Betracht.

Die bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften der Umlage zugrunde gelegten Völle sind auf 16 673 204 400 Mk. festgestellt worden gegen 21 602 223 400 Mk. im Jahre 1930. Das ergibt also eine Kaufkraftschrumpfung innerhalb eines Jahres von rund fünf Millionen Mark. Diese Schrumpfung geht ausschließlich zu Lasten der Arbeiterschicht. Diese Schrumpfung umfaßt aber nur die Arbeiterschicht und Angestellten, die in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versichert sind. Der Lohnabbau als Krisenursache tritt hier plastisch in Erscheinung.

In der Invalidenversicherung wird eine Gesamteinnahme von 921,9 Mill. Mk. nachgewiesen, wovon 819,2 Mill. Mark auf Beiträge und 88,7 Mill. Mark auf Zinsen und Nutzungen entfallen. Die Ausgaben mit 1 109,5 Mill. Mk. übertreffen die Einnahmen um 187,6 Mill. Mk., die dem Vermögen entnommen werden müssen. In den Ausgaben sind die Rentenleistungen mit 969,9 Mill. Mark, die Verwaltungsausgaben (einfachlich der Vergütungen an die Deutsche Reichspost) mit 64,4 Mill. Mk. vertreten. Für freiwillige Leistungen, insbesondere Heilversahren, sind 69,9 Mill. Mark aufgewendet worden.

Arbeitseinkommen sinkt weiter

Das Institut für Konjunkturforshung berichtet in seinem neuesten Vierteljahrheft über den Rückgang des Arbeitseinkommens in Deutschland seit dem konjunkturellen Höhepunkt Ende 1929. Danach verdienten die Arbeiter, Angestellten und Beamten im ersten Quartal 1929 nur noch 6,6 Milliarden RM. gegenüber mehr als 11 Milliarden RM. im dritten Vierteljahr 1929. Wenn diese Berechnung auch zum Teil auf Schätzungen beruht, so zeigt sie doch mit großer Eindeutigkeit, wie verheerend Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzungen, Tarifkonkurrenz und Abbau übertariflicher Bezüge gewirkt haben. Fast 40 v. H. des Arbeitseinkommens fallen nun mehr bereits aus.

Merkwürdigweise schätzt das Institut für Konjunkturforshung das Arbeitseinkommen für das zweite Vierteljahr 1932 etwas höher als für das erste Vierteljahr, nämlich auf 6,8 Milliarden RM. gegen 6,6 Milliarden RM. Diese Steigerung ist aber ausschließlich durch die saisonmäßige Zunahme der Beschäftigung zu erklären und kommt nur deshalb zum Ausdruck, weil in diesem Jahre die Löhne und Gehälter nicht stärker gesunken sind, als die saisonmäßige Mehrbeschäftigung ausmacht.

Im wesentlichen haben zwei Hauptfaktoren — Senkung der Löhne und Gehälter sowie der übertariflichen Bezahlung und Rückgang der Beschäftigung — den starken Einkommensrückgang bewirkt. Dabei fällt nach der Berechnung des Instituts für Konjunkturforshung der Beschäftigungsrückgang stärker ins Gewicht als der Lohn- und Gehaltsabbau. Während nämlich von dem Einkommensrückgang sämtlicher Arbeitnehmerschichten über 20 v. H. auf den Rückgang der Beschäftigung entfällt, wird ungefähr 15 v. H. durch Lohn- und Gehaltsabbau bedingt. Diese Schätzungsgebiete, die allerdings nach Informationen bei den beteiligten Kreisen gewonnen worden sind, gelten für den Durchschnitt aller Arbeiter, Angestellten und Beamten. Im einzelnen liegen die Verhältnisse verschieden, wie auch die Einkommensminderung für den einzelnen Arbeitnehmer sehr viel anders zu beurteilen ist, weil das Einkommen mit neuen Steuern und Erhöhungen der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung mindestens um 5 v. H. mehr belastet worden ist. Obwohl die Preisentwicklung die Wirkungen der Einkommensverminderung etwas abgeschwächt hat, sind die Rückwirkungen des Lohn- und Gehaltsabbaus recht stark. Das trifft im besonderen für diejenigen Arbeitergruppen zu, deren Lohnabbau bei der vom Institut für Konjunkturforshung geschätzte Mindestgrenze hinausgeht.

kennen gelernt und habe es mir selbst nie zu bereuen brauchen. Sein nur mein Preis, so ein Modell als Schmiedegeschenk bringt, soll es mich anziehen freuen; denn es ist eine, die in unserer Organisation mitspielt, hat das Herz und den Verstand auf dem rechten Gleis.“

„Banco, Michael, das war ein Wort, zu seines Organisation. Also wir gehören und bleiben zusammen!“

„Koch, ein fetter Handdruck, dann ging Michael und seine Freunde fort in seinem Herzen —

„Drei ein Jahr später, Hennes stand vor dem Tore der Fabrik, durch das er in viele Jahre eins und ausgegangen war. Rundum mit freudem, zufriedenem Herzen, manchmal auch unterschrieben, aber immer in dem Bewußtsein, eine Arbeit zu leisten, die ihres Wertes wert war, immer in dem Bewußtsein, verantwortet zu sein mit Menschen, die das gleiche Wollen und das gleiche Ziel haben. Schön war es gewesen, dieses Gefühl der Zuversichtlichkeit. Es hatte mir und jedem Bewußtsein gemacht, dass Hennes überall dort zuhause war. Seit Monaten hatten die Menschen angehört zu klatschen, seit Monaten war Hennes anstrengend mit jenen beiden Sätzen: „Das sollte nur werden! Heute als die Sorge um seine Jungen. Sie waren anders geworden in dieser letzten Zeit. Er wußte es deutlich. Er war oft erstaunt über die Gedankenlosigkeit, die sie an den Straßenecken mit Gewerkschaften. Über das fröhliche Gewirr von Sitzungen, mit denen sie jede beschämte zwischen eintrat. „Koch, er nicht auch daran?“ Warum danken Michael? Koch nicht auf der Straße? Hennes hat die gewerkschaftliche Organisation und seine Freunde. Seine Jungen wollten davon nichts wissen, sie darüber nie darüber erzählen. Und er, so ja, er hätte ihnen dieses Gedanken nicht so vorgebracht. Sie hätte Peter darüber gesagt? Hennes, du weißt, das ich noch habe, aber du willst es nicht angeben. Du hast das einfach verstanden!“

„Koch, Hennes, der macht ja ein Gefücht, das einem angst und bange werden könnte!“

„Koch, aber nicht lange! Koch und Koch aus, Koch“, sagte Hennes und betrachtete Michaels Gesicht, das einen Reifer in der Hand, in den Augen Leidenschaft und Zorn, vor ihm stand. „Koch geht denn die Reife?“

„Es kann Reife, den die Gewerkschaft für Gewerkschaften verleiht. Koch kann sie nicht dazu! Das ist die Zukunft wieder viel beller, denn was ist die Reife, wenn wir keinen Reifer? Koch und mir viele Seiten jetzt auf.

Der junge Mensch war so froh gestimmt, daß etwas von seiner freudigen Zuversicht, etwas von seinem starken und guten Willen, etwas von seinem Glauben an eine bessere Zukunft zurückblieb in dem Herzen des Vetteren: Baumeister sein, mitzuarbeiten an der Zukunft, nicht müßig zusehen, das hatte der Junge gemeint. Jene Gedanken waren es auch, die Hennes eines Tages wieder den Weg finden ließen zu dem Hause, dem er vor Jahren sich so stolz den Rücken gewandt hatte. Ohne viel Umwande reichte er Peter die harte, derbe Arbeitshand.

„Nichts für ungut, du hastest damals recht. Wir müssen zusammenhalten, ganz besonders jetzt in dieser schwierigen Zeit. Nur dann können wir unserer Schicht zwingen, nur dann können wir uns und unseren Kindern eine bessere Zukunft bauen.“

M. A.

Allgemeine Rundschau

Die Widerstandsfähigkeit konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsweise.

Die Mitgliedschaft der Konsumgenossenschaften setzt sich zum größten Teil aus Arbeitnehmern zusammen, deren Lebenshaltung ungleich mehr durch die gegenwärtige Wirtschaftssituation beeinträchtigt wird, als die Lebenshaltung anderer Bevölkerungsschichten. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zwingen zu einer Einschränkung des Bedarfs auf das Allernotwendigste. Wenn der Umlaufrückgang bei den Konsumgenossenschaften im Jahre 1931 gegenüber 1930 trotz dieser Tatsache nur 13,5 Prozent betrug, so ist das immer noch ein Zeichen markanter genossenschaftlicher Einsicht bei ihrer Mitgliedschaft und bei den Verbrauchern überhaupt. Die Fortschrittsstelle für den Handel, ein privates Unternehmen, das die Interessen des hier im freien Einzelhandels prägt nicht vernachlässigt wird, ermittelte für 1931 einen Umlaufrückgang im Einzelhandel von 15,1 Prozent. In dieser Berechnung sind die Umsatzrückgänge im privaten Einzelhandel allein noch stärker. Es beträgt in den einzelnen Gruppen bis zu 40 Prozent. Zieht man das in Betracht, so erscheint die Umsatzentwicklung bei den Konsumgenossenschaften in einem noch günstigeren Licht. Die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine wird dadurch erneut bestätigt und zugleich wird ihre Forderung, gefährdete Genossenschaften mit Hilfe öffentlicher Kredite zu stützen, gerechtfertigt.

richtige Gegenseitentwicklung der ungünstigsten metrischen und folgenden Geschäftsrüffel (auch nur gerroste) unterblieben und weiterzutreiben, so würde man das Prinzip des Gesetzes zerstören.

Die Erzieherin steht überall, die Frau der unteren Volksschichten aber es, die im Mittelpunkt dieses Juristischen und größten Brots unsrer Zeit steht. Wenn sie angelebt ist, hat gegenwärtigen Ständes Überhaupt nicht natürlichen Muttercharakter bestimmt und verantwortet, ihrer natürlichen Loge unseres

„**Zugehörigkeiten mit einbringlicher Deutschheit geschildert —**
die die die! verhorgenes machloses Unglück die heimliche Umgehung
des Gesetzes — der Gang zur weiten Frau, der Pflichterinn an-
sicht. Und dennoch: vielerlei Grübres verständiges, notionales
Verhinderung bringt! Sie sollte im (gleich) Freiheit ist zu un-
bedeuten; nicht gäbe über die Frau der unteren Volksstufen
und soziales Unglück nurbbe erst die Freiße der Geburten-
sicht. Und schließlich erlaubten Bundesmord und mögige
Entmündigung der Frau, Kreisgasse bei Mutterchaft überhaupt
nichts daran zu scheiden, zum Freitod gemacht werden. Gute,
und ist dafür ein vornehmes Beispiel.

Man werde nicht ein, die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einem Zustande, der den natürlichen Wachstumsvergleben der Menschheit Raum und Möglichkeit gibt, sei nicht möglich. Wenn man sich getraut, in das überreiche Geleit des Lebens einzusteigen, in die Menschenwelt einzudringen und sie (eine mögliche Überlebensmöglichkeit) nach menschlichem Mollen zu bestimmen — trotzdem leichter muß es dann doch möglich sein, die wirtschaftlichen Bedingungen und Lebensmöglichkeiten zu bestimmen! — „Raum für alle hat die Erde!“ — Das gilt noch immer, genüge mir sei! Vor 100 Jahren unterhielten sich die Wissenschaftler darüber, ob der Bevölkerungsmachseum der Erde noch 40 oder 10 Jahren nach Lebensraum und Möglichkeit生存する würde; im sozialen hat die Menschheit sich fast verdreifacht — und an Nachzucht und Lebensgütern ist ein nie gekannter Überfluss vorhanden. Wenn die Menschheit darüber nicht die rechte Auseinandersetzung und Ausgleichsmöglichkeit findet; wenn kapitalistische Unternehmer machen, wenn die unteren Volkschichten dadurch in das Leben faßt durch gleiche menschliche Eingeführtheit umgezogen werden? Das Gegenteil muß Ziel unseres Strebens sein: Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit, das Gesetz der hoffenden Mutter und des wachsenden Menschen. Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit durch die alten Menschen, die unteren Volkschichten, auch der Frau in den unteren Volkschichten, das sind zu einem sozialen Erfahrtenen Geschehn des Lebens machen.

„durch dieses Verantwortungsbedürfnis leben; vielleicht, daß ihr
drei: mit dieser Selbstrechtfertigung für alle diese Augenblick
gründlichste Bedeckung das Gefüntertholzen verurtheilt.“

Die Verwendung des Begriffs die Not der Menschen ist nicht mehr gebräuchlich, sondern die Ergebnisse der Erfahrungen der Menschen sind es.

mit die letzte logische Stütze der Arbeiterfraktion beseitigen? Die Antwort muss — um es vorauszuflügen — bei einer einheitlich politischen Gesamtbetrachtung des "Mutterlands" und seines Überbaums überhaupt verneint werden. Gelingt denn man in durch-

Wenn die Siedlung hier Unterstufenlücke von
einer höheren Stufe, bleibt diese unvollendet.

Die Rechtsgeschichte zeigt, dass die Rechte der Mutter im allgemeinen nicht durch das Gesetz geschützt werden. Es ist daher von großer Bedeutung, dass die Rechte der Mutter im Rahmen des sozialen Vertrags entgegenstehen, so wie es die Rechte der Mutter im Rahmen des sozialen Vertrags entgegenstehen, so wie es die Rechte der Mutter im Rahmen des sozialen Vertrags entgegenstehen.

Wurde, die Naturgeschichte hinzugeht, gibt
nicht. Hochberühmten für die Freu ährenorientirte für den
primat alles Geschehens unter. Sonderlich: Dies darüber und
unter dem Gelehrten ist immer das Gefühl des Lebens. Das ist
die Macht der Seele, die die Seele nicht auf die Welt hinausstreckt, sondern

卷之三

卷六

160

Regierungswechsel und Arbeitnehmerinteressen

३४

Die Regierung Brünings-Stegemann ist gefürchtet. Sie unter-
lag der hinterhältigen Mühsarbeit unsozialer, arbeiterfeindlicher
Familie. Schmierere Opfer hat auch sie, einem bitteren Zugange fol-
gend, der Arbeiterschaft aufgelegt. Nicht immer fordern die von
Ihr getroffenen Maßnahmen unsere Billigung. Aber es muß an-
erkannt werden, daß die ge-
meinsame Arbeit der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei
zu einer gewissen Erfüllung der sozialen Forderungen geführt
hat. Die Regierung Brünings-Stegemann ist gefürchtet, sie selbst bei gleicher Leistung
geringer zu entlohnen als die männliche Arbeiterschaft. Die Ge-
werkschaften, die Arbeiterschaftenlohn stärker zu senken als die
Währungslohn, tauchen in neuerer Zeit in verstärktem Maße wie-
der auf. Wir sollen wieder die rohliche und billige Arbeiterschaft,
die Konkurrentin des Mannes

werben

standes und den bereits ver-
heirateten die Erhaltung ihrer
Familie wesentlich erschwert
bzw. unmöglich gemacht. Die
Folge davon wäre, daß vorerst
Arbeiterinnen schließlich dauernd zur
Fabrikarbeit verurteilt
und unserem eigentlichen Beruf als Hausfrau und Mutter per-

Die Zusammenarbeit der neuen Regierung ist ein sprechender Beweis dafür, was wir gebesserter, insbesondere für Arbeiterinnen, von dem eingeretteten neuen Regierung gesetz zu erwarten haben.

„Fort mit den tariflichen Lohnbündeln und dem in der Verbündeterklärung von Sechzigtausend Betrieben festgelegten „Soll“! Die Vermarktführung dieser Forderung würde fest in der Brüderlichkeit leben einzelnen Betrieb die Möglichkeit geben, beliebig Lohnsenkungen vorzunehmen. Wir Arbeitnehmer bauen in erster Schie die Leidtragenden. Es noch immer das Gleitbaren der Unternehmer, vor allem die Arbeitnehmer.“

möglichkeit nicht mehr alle für auch gleiche Entwicklung bestimmen. Wir wollen auch nicht Konkurrenz des Mannes sein. Gedenkt uns dessen stets bewußt, daß jede Gestaltung der Arbeit in unserer Gewerkschaft — auch der männlichen — auf Kosten einer Fortschrittsverzerrung — auch der männlichen —

arbeitet in Erfahrung. Daß könnten und müssen wir unter Hand nicht lassen.

Gewiß auch wir Gewerkschafter nehmen für uns das Recht auf

erfolgreichen Möglichkeiten zur Ausweitung unserer Gewerkschaft nicht mehr zu haben vermag, müssen vor die möglichst

hohen in der Geburtskraft Arbeit führen. Auch mit sind auf

gewisse Orte geweckt, um den eigenen Unterhalt und den unserer

Familien zu sichern. Dabei müssen wir uns aber darüber klar

sein, daß wir damit Bevölkerung fördern für die Siedlung der

eigenen Arbeits- und Lebensfähigkeiten, als auch für jene

der gesamten Gewerkschaft überzeugen. Solidarität und

Stärke verbreiten es uns, um eine Arbeitskraft so billig

auszubilden, daß wir keine Angst des Abschlusses des Sohn- und We-

bensbezuges der Zertifikatsbehörde machen.

Der eingetretene „Sieg“ bringt für uns keines-

falls aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

lichkeit, bei einem treibenden Gewerkschaftsamt 20 Jahren lang ohne

neiniges Melde- oder Belehrungs- oder Berichtigungs-

oder Strafmaßnahmen arbeiten zu können. Durch die neue

Regierung wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir wollen aber nicht nur beständige Erfolge in der Röhrengestal-

tung, mit werden auch durch die von der neuen Regierung er-

langte „Röder“ nicht dort beruhigen. Bisher hatten

die über 21 Jahre alten Gewerkschaften ebenfalls die Mög-

Jugend und Arbeitslosigkeit

Erwerbslosigkeit von längerer Dauer trifft die Jugend besonders hart. In ihr steckt, soweit sie gesund und unverdorben ist, ein lebendiger Betätigungsdrang. Sie empfindet darum in besonderer Maße das Untätigsein als Qual. Gerade der wertvollste Teil unserer erwerbslosen Jugend begrüßt alle gebotenen Beschäftigungsmöglichkeiten, besonders dann, wenn letztere neben theoretischem Unterricht auch Gelegenheit zur beruflichen Fortbildung oder zur Ausübung sonstiger ausdringender praktischer Arbeit bietet. Diese Jugend fühlt instinktiv, daß sie damit nicht nur dem Leben wieder Sinn und Wert, sondern auch einen festeren fühllichen Halt zu geben vermag. Tatsächlich ist ja für die Charakterentwicklung der Jugend gerade eine sinnvoll geregelte Zeit von größter Bedeutung. Von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, sind darum alle von amtlichen und privaten Stellen geschaffenen Arbeits- und Fortbildungsmöglichkeiten wertvollste Jugendhilfe.

Betrachten wir nun, was für die erwerbslose Jugend geschehen ist. Erwähnenswert sind da zunächst die von den Arbeitsämtern aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingerichteten bezw. unterstützten

Veranstaltungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung.

Einem Aufsatz in der Zeitschrift "Das junge Deutschland" entnehmen wir, daß in der Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 10. Februar 1932 im Bereich der 13 Landesarbeitsämter insgesamt über 7000 Lehrgänge für arbeitslose jugendliche stattfanden, an denen annähernd 230 000 Jugendliche teilnahmen. An deren Spitze steht das Landesarbeitsamt Rheinland mit etwa 58 000 Teilnehmern. Ihm folgen die Landesarbeitsämter Westfalen mit etwa 28 000 und Schlesien mit 23 000 Teilnehmern. Die übrigen Landesarbeitsämter folgen in entsprechendem Abstand. Erstaunlich ist, daß neben die Lehrgänge für die kaufmännischen Berufe in steigendem Maße auch solche für Facharbeiter, ja selbst für un- und angelernte Arbeitslose und für gewerbliche Arbeiterinnen getreten sind. So entfielen z. B. im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlesien auf die Lehrgänge für gewerbliche und landwirtschaftliche Berufe rund 21 000 und auf die Lehrgänge für kaufmännische Angestellte rund 2700 Teilnehmer. Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Westfalen wurden neben rund 8400 jugendlichen Facharbeitern rund 11 900 jugendliche Un- und Angelernte erfaßt; die Teilnehmerzahl an den Kursen für kaufmännische und Büroangestellte belief sich auf 2100, jene an den Kursen für Haushaltung auf rund 3900. Aehnlich liegen die Verhältnisse in andern Landesarbeitsamtsbezirken.

Vom Reichsarbeitsministerium und von der Reichsanstalt ausgeworfene Sondermittel ermöglichten auch die Teilnahme nicht unterstützter jugendlicher an solchen Lehrgängen. In welchem Umfang, das zeigen die Ziffern aus dem Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland. Eine besondere Aufgliederung von rund 28 500 Lehrgangsteilnehmern ergab folgende Verteilung: es waren von den Teilnehmern 15 800 Empfänger von Arbeitslosen-, 2600 von Krisenunterstützung und 10 100 (= 35 Prozent) Nichtunterstützte.

Die Dauer der Lehrgänge betrug in der Regel 8–10 Wochen mit 10–14 Wochenstunden. Soweit die Berufs- und Fachschulen die für die Lehrgänge erforderlichen Räume und Einrichtungen nicht zur Verfügung zu stellen vermochten, haben die Arbeitsämter selbst leerstehende Werkstätten gemietet oder es wurden ihnen solche von Arbeitgebern zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus waren in zahlreichen Fällen die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder soziale Organisationen in der Lage, geeignete Werkstatträume zur Verfügung zu stellen.

Bemerkenswert ist, daß fast alle Landesarbeitsämter von einer außerordentlich freudlichen Teilnahme begeistert. Diese sei zum Teil sogar stärker gewesen als im Winter 1930/31. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Lehrgänge grundsätzlich auf freiwilliger Teilnahme beruhten. Von der Möglichkeit der pflichtmäßigen Einweihung jugendlicher Erwerbsloser in die Lehrgänge brauchte nur in geringem Umfang Gebrauch gemacht zu werden, weil die freiwilligen Anmeldungen in zahlreichen Fällen die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze überstiegen. Auch die Disziplin innerhalb der Lehrgänge selbst war allgemein gut.

Neben diesen Veranstaltungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung ist noch

der freiwillige Arbeitsdienst

als wirkungsvolle Jugendhilfe zu erwähnen. Er wurde geschaffen durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Sie übertrug der Reichsanstalt für

A.-B. und A.-B. die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Unmißverständlich diese Förderung gelungen ist, zeigt ein Halbjahresbericht, der kürzlich durch die Presse ging. Aus ihm ist zu ersehen, daß bis Ende Februar 1932 im Reich insgesamt 1127 Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes mit einer Beschäftigungszahl von 33 045 Arbeitsdienstwilligen von den Landesarbeitsämtern anerkannt worden sind. Diese Anerkennung setzt voraus, daß es sich um zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten handelt. Von den 1127 anerkannten Arbeiten waren am 29. Februar d. J. 147, also 13 Prozent, bereits beendet, ein anderer nicht genau erfassbarer Teil war zwar anerkannt, aber noch nicht mit der vorgenommenen Höchstbeschäftigungszahl im Gange.

Die zugelassenen Arbeiten zerfallen in solche von unmittelbarem und von mittelbarem volkswirtschaftlichen Nutzen. Zur ersten Gruppe gehören alle Bodenverbesserungs-, Forst- und Verkehrsverbesserungsarbeiten. Deren Zahl betrug 210 oder 18,6 Prozent aller Maßnahmen. Die an ihnen beteiligten Arbeitsdienstwilligen genießen den Vorzug, daß ihnen auf ihren Antrag hin 1,50 M. pro Wochentag für Siedlungs Zwecke gutgeschrieben werden, wenn sie mindestens 12 Wochen im Arbeitsdienst beschäftigt wurden. Unter die zweite Gruppe mit mittelbarem volkswirtschaftlichen Nutzen fallen jene Arbeiten, die der Erhaltung und Hebung der Volksgesundheit, insbesondere der körperlichen Erziehung der Jugend, dienen, also Vermehrung der Sport- und Erholungsstätten und dergleichen.

Träger der Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst können sein: einmal öffentlich-rechtliche Körperschaften, also Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltungen, Versicherungsträger und vergleichbare gemeinnützige Genossenschaften und Verbände. Die ersten sind am stärksten, nämlich bei 36,8 Prozent aller Arbeitsmaßnahmen, vertreten. Bemerkenswert ist auch die starke Beteiligung konfessioneller Organe (Kirchengemeinden, konfessionelle Jugendverbände oder Vereine) und karitativer Verbände als Träger der Arbeit. Sie treten als solche bei 152 – 13,5 Prozent der Arbeitsmaßnahmen in Erscheinung. Die Träger der Arbeit erhalten nach den Bestimmungen des freiwilligen Arbeitsdienstes entweder den dem einzelnen Arbeitsdienstwilligen jeweils zustehenden Unterstützungsatz oder einen einheitlichen Haushaltssatz, der bis zu 2, M. pro Arbeitsstag und Arbeitsdienstwilligen betragen kann. Dafür hat der Träger der Arbeit die Arbeiten auf eigene Rechnung und unter eigener Verantwortung auszuführen, Arbeitsgeräte und Arbeitskleidung zu stellen, für Unter kunft und Verpflegung der Arbeitsdienstwilligen und nötigenfalls für Aufbringung der Rettfinanzierung zu sorgen.

Die Zahl der Arbeitsdienstwilligen stieg von 106 Ende August 1931 auf 18 821 Ende Februar 1932. Davon waren 10 681, also über die Hälfte, Jugendliche unter 21 Jahren. Von diesen wiederum waren 6246 ohne Unterstützungsanspruch. Ihre Teilnahme wird in beschränktem Umfang ermöglicht durch die vom Reichsarbeitsministerium zu dem Zweck ausgemorenen Sondermittel. Dazu kommen noch 1436 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Für sie haben die Bezirkfürsorgeverbände die dem Träger der Arbeit zustehenden Unterstützungsätze aufzubringen.

Die Zahl der bei den einzelnen Arbeiten beschäftigten Arbeitsdienstwilligen schwankt zwischen 10 und 600; sie beträgt im Durchschnitt etwa 30 Arbeitsdienstwillige. In den Monaten August 1931 bis Januar 1932 wurden von letzteren insgesamt 458 875 Tagewerke abgeleistet. In Mitteln hierfür wurden von der Reichsanstalt und dem Reiche 784 126 M. ausgeworfen. Der auf den einzelnen Arbeitsdienstwilligen entfallende arbeitstägliche Förderungs- bzw. Unterstützungsatz betrug 1,70 M.

Voraussichtlich wird die nächste Notverordnung eine Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes bringen. Gewünscht werden insbesondere erweiterte Möglichkeiten, nichtunterstützungsberechtigte Jugendliche bis zu 25 Jahren zum Arbeitsdienst zuzulassen. Endlich wird im allgemeinen eine Erhöhung der für den freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfüzung stehenden finanziellen Mittel verlangt.

Jeder Freund der Jugend wird diese Bestrebungen, den jugendlichen Erwerbslosen in ihrer beruflichen, wirtschaftlichen und seelischen Not zu helfen, aufs wärmste unterstützen. Insbesondere ist es auch Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, für Schaffung umfassender Beschäftigungsmöglichkeiten einzutreten. Daß letztere der regulären, tatsächlich entlohnten Arbeit nicht gut Konkurrenz werden darf, ist selbstverständlich. Das zu verhindern ist am ehesten möglich, wenn wir am Hilfswerk für unsere erwerbslose Jugend praktisch mitarbeiten.

F. J.

25 Jahre Gewerkschaftsführer

Am 1. Juli 1932 konnte Friedrich Baltrusch auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zurückblicken. Baltrusch lernte früh die Härten und Schwierigkeiten des Arbeiterlebens kennen. Am 7. März 1877 in Waldhof O.P. als Kind einfacher Handlende geboren und nach dem Besuch der Volksschule das Tischlerhandwerk erlernt, kam er nach Beendigung der Wanderschaft mit der Gewerkschaftsbewegung in Berührung. Kurz nach der Gründung des christlichen Holzarbeiterverbandes wurde er dessen Mitglied und trat sehr schnell führend hervor, zunächst im Essener Gebiet, wo er als guter Facharbeiter noch an der Hobelsbank stand. Im Jahre 1907 kam dann Baltrusch zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Hier begann für ihn eine vielseitige und erfolgreiche Tätigkeit, zuerst als Sekretär des Gesamtverbandes in Mitteldeutschland, dann im Saargebiet und 1912 im Generalsekretariat in Köln. Nach dem Kriege siedelte er als Geschäftsführer des Gesamtverbandes nach Berlin über und fand große Aufgaben vor. Er wirkte erfolgreich mit in der Zentralarbeitsgemeinschaft, in der Sozialisierungskommission, im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und als Berater im Wiederaufbauministerium. Auch im jetzt aufgelösten Reichstag war er ein tüchtiger Vertreter der echten christlichen Gewerkschaftstradition. Vor allem hat sich Baltrusch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik betätigt. Er nahm 1922 und 1927 als Sachverständiger an den Weltwirtschaftskonferenzen in Genf und Genf teil. Im evangelisch-sozialen Leben spielt Baltrusch eine herausragende Rolle. Er ist einer der bekanntesten evangelischen Oberkirchenräte und wurde 1925 als Delegierter zur Weltkonferenz nach Stockholm. Mit den österreichenischen Mitarbeiter und den Mitgliedern aus den christlichen Gewerkschaften und dem Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigen sich auch unsere Wünsche!

Der Aufwand für den Arbeitslosen

Der durchschnittliche Aufwand je unterstützten Arbeitslosen ging in den letzten Jahren ständig zurück. Dies ergab sich zum Teil bereits aus der Verschiebung von der Arbeitslosenversicherung zur Krisenfürsorge und von dieser zur Wohlfahrtspflege. Dazu kam, daß in allen Unterstützungsweisen mit der wachsenden Notlage Leistungskürzungen vorgenommen wurden. Schließlich müssen die Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, weil sie sich mit dem Verdienst der letzten sechs Monate vor dem Eintreten der Arbeitslosigkeit richten, auch mit dem Sinken der Löhne und Gehälter automatisch zurückgehen. Die große Lohnsenkung vom Januar dürfte sich dabei noch nicht in vollem Umfang ausgewirkt haben. Bei den Leistungen der Wohlfahrtsverweislosenfürsorge kommt noch hinzu, daß hier die Naturalsunterstützung, deren Wert mit der Preisenkung sich vermindert, eine verhältnismäßig große Rolle spielt.

Noch im Jahre 1928/29 betrug der durchschnittliche monatliche Aufwand je Hauptunterstützungsempfänger 85,80 RM. Davon waren aber nur 76,50 RM. reiner Unterstützungsaufwand. Bis zum Rechnungsjahr 1931/32 gingen die Gesamtausgaben weiter zurück auf 70,50 RM. Der reine Unterstützungsaufwand je Hauptunterstützungsempfänger sank gleichzeitig auf 63,40 RM. In der Krisenfürsorge betrugen die monatlichen Aufwendungen im Rechnungsjahr 1928/29 83,50 RM. In den folgenden Jahren gingen die Gesamtausgaben weiter zurück bis auf 59,20 RM. im Jahre 1931/32. Über die Gesamtausgaben in der Wohlfahrtspflege liegen erst seit dem Rechnungsjahr 1930/31 genaue Ausweise vor. In diesem Rechnungsjahr wurden für den Wohlfahrtsarbeitslosen 58 RM. im Monat im gesamten ausgegeben, im Jahre 1931/32 sind diese Ausgaben auf 53 RM. zurückgegangen. Die Gesamtausgaben lassen aber nur annähernd erkennen, welche Auswendungen für die Unterstützung gemacht werden müssen. Der reine Unterstützungsaufwand liegt immer um rund 5 RM. unter dem Gesamtaufwand. Die Sätze für die einzelnen Hauptunterstützungsempfänger betragen also 1931/32 im Durchschnitt 63,40 RM. für die Krisenunterstützten 54,20 RM. und für Wohlfahrtsarbeitslosen 48 RM. im Monat. Inzwischen ist eine weitere Senkung des Durchschnitts eingetreten als Folge der Lohnsenkung im Januar.



Eine bemerkenswerte Neuheit der Gummiwaren-Industrie

Die bekannten Bestrebungen, Gewebe mit trikotartigem Charakter oder umgekehrt Trikotagen mit gewebartiger Struktur herauszubringen, machen sich auch in der Gummiwarenindustrie geltend. Seit langem sind die Textiltechniker bemüht, Bindungsarten zu schaffen, die die Vorteile beider textilen Flächengebilde, sowohl der Gewebe wie auch der Wirkstoffe, in sich vereinen. Auf diesem Wege sind in anderen Branchen bereits bemerkenswerte Erfolge erzielt worden.

In der Gummiwarenindustrie sind naturgemäß Schwierigkeiten besonderer Art zu überwinden, die in der Richtung einer sachgemäßen Einwohnung der Gummidröden, in der Erhaltung der Stabilität des elastischen Gewebes und in der Beseitigung verschiedener technischer Hemmnisse liegen, wenn die begehrte Warengüte erreicht werden soll.

Einem Wuppertaler Bandschiffmann ist es nach zeitraubenden Bemühungen gelungen, mit Hilfe technischer

Sondereinrichtungen ein Gewebe zu konstruieren, das in hohem Grade die oben bezeichneten Eigenschaften aufweist. Es handelt sich dabei um ein auf dem Bandwebstuhl fabriziertes zweiteiliges gummielastisches Gewebe, welches aus einer eigenartigen luftdurchlässigen, jedoch soliden und festen Bindung besteht. Dieser Bindungscharakter ist insoweit neu, als er im Aussehen eine Plastikwarenimitat. Im Gegensatz zu Trikotagen und Flechtartikeln läßt sich aber dieses Gewebe in der Breite nicht dehnen oder ziehen. Die Vorzüglichkeit des fraglichen Artikels verbürgt die Erfüllung der modernen hygienischen Anforderungen in hohem Maße, so daß die bekannten festgewebten Arten, welche die gesundheitlich sehr vorteilhafte Beidseitigkeit hinsichtlich der Aufdurchlässigkeit nicht in dieser Weise besitzen, auf diesem Gebiete übertroffen werden.

Die betreffende Gewebebindung, die unter Muster- schutz gestellt ist, läßt sich für sämtliche gummielastischen Artikel verwenden, insbesondere für Hosenträger, Stumpf- und Sockenhalter, Gürtel, Leibbinden, Bänder, Hüfthalter, elastische Korsettbinden und Korsettfächer, Gamaschen usw.

Op.

Aus der Arbeitersinnenbewegung

Bodsch.

Auf zwei gutbesuchte Frauen- und Arbeiterinnenabende kann das hiesige Netzwerk der christlichen Gewerkschaften zurückblicken. Es waren zwei Abende festgelegt, um allen Gelegenheit zu geben, an der Veranstaltung teilzunehmen. Die Gestaltung der Abende hatte die weibliche Jugendgruppe des Zentralverbands christlicher Textilarbeiter übernommen. Nach einem von Kollegin Franziska Schröder eindrucksvoll vorgetragenen Prolog eröffnete die Führerin der Gruppe, Kollegin Maria Wolbring, die Versammlung. Sie gab ihrer Freude Ausdruck über den zahlreichen Besuch und begrüßte die erschienenen Gäste. Das Klappens- und Falzalatkärtchen des Arbeiterinnenvereins trug unter Leitung des Präses, Herrn Kaplan Hartmann, zur Verhöhnung des Abends bei.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Referat, welches von Kollegin A. Heister (Düsseldorf), gehalten wurde. Sie behandelte die wichtigsten Tagesfragen, ganz besonders das Ungefundene der unverhüllten Nationalisierung, und wies auf das Bestreben der Arbeitgeber hin, die Arbeitersinnen für die heimliche herabzuführen. Von wo soll die Arbeiterin in allen diesen Dingen Hilfe erwarten? Vielleicht vom Staat? Die jüngsten Vorgänge zeigen deutlich genug, was wir da zu erwarten haben. Die legitime Notverordnung zeigt das insbesondere. Für die Arbeitin bleibt nur, so bekundete die Rednerin, die Selbsthilfe übrig, der Zusammenschluss in den christlichen Gewerkschaften.

Dann ging die Rednerin noch besonders auf den Nationalsozialismus ein, sie präsentierte die Stellung der Frau im Dritten Reich. Was wir da hören, muß uns zu denken geben, erst recht als christlich eingehaltene Arbeiterinnen. Die Referentin forderte alle Anwesenden auf, am kommenden Wochstag nur solchen Partien ihre Stimme zu geben, die auf christlich-sozialem Boden stehen. Sie schloß mit der Aufforderung, alle Müßigen aufzusuchen und einander die Hände zu reichen, zu gemeinsamer Arbeit für den Verdau. Keiner Verfall lohne die Referentin für ihre Ausführungen.

Nach dem Vortrag sprach dann Kollegin Josefine Schmitt einen Aufruf an die deutsche christliche Jugend. Besonders wirkungsvoll war das Treffen der Jugendgruppe zu ihrer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Im unterhaltenden Teil wurde dann ein Singspiel vorgebracht, das die Jugend zum frohen Feiern einlud. Gemeinschaftliche Lieder und ein paar lustige Einakter, die von Mitgliedern der Gruppe aufgeführt wurden, dienten zur geselligen Unterhaltung. Die Führerin schloß die Veranstaltung mit der Bitte, das im Referat Gehörte in Verwandten- und Bekanntenkreise hineinzutragen, um so aufklärend zu wirken. Dann hatten auch diese Abende ihren Zweck nicht verfehlt.

Greforth. Unser Himmelfahrtsausflug nach Herdingen a. Rh.

Am Christi Himmelfahrtstage hatte unsre weibliche Gruppe sich mit 12 Kolleginnen eingefunden, um eine Fahrt nach Herdingen a. Rh. zu unternehmen. Gegen 7,30 Uhr morgens bestiegen wir unser Stahlzug, und lustig ging's dem Ziel entgegen. Glücklich trafen wir nach zweistündiger Fahrt in Herdingen ein. Hier angekommen, wurde zuerst ein Unterkunft unserer Räuber gesucht. Dann ging's zum Rhein. Schön und malerisch lag zu unserer Linken der Strom im Morgensonnenenglanz. Doch nicht zu lange sollte wir bezaubert sein von dem schönen Anblick. Die Böden machten sich bemerkbar und gaben kühles Raub. Alsdann juckten wir uns ein trockenes Blättchen, um den Morgenkoffer einzunehmen. Nach einer kleinen Pause ließen wir uns überzeugen nach Künzelsheim. Dasselbe verließen wir für einige Zeit der Rhein, um uns das Städtchen einmal näher zu beschauen. Gegen 1 Uhr mittags kehrten wir dann in ein Strandlokal ein, wo wir unser Mittagessen hielten. Während wir ja mit dem Essen beschäftigt waren, spielte der Besitzer uns einige frohe Lieder vor. Wir fühlten uns recht gemütlich und heimisch dort, und allzu schnell vergingen die Stunden. Außerdem wir uns mit der Fahrt wieder überzeugen ließen nach Herdingen, machten wir mit Sang und Lied zum Stadtpark. Vierzig Kolleginnen unternahmen eine Radspazierfahrt und wurden vor den sich auf dem Wasser befindenden Schönheiten ausführlich verjagt. An einem Kahn bissen sie sogar an, und so war Holland in Rot. Eine hätte noch nicht wie die andere, und alle waren überglücklich, als sie wieder saßen unter den Bäumen hielten. Nach einem Tassen Kaffee traten wir unserer Heimfahrt an. Doch wiederholte noch wurden wir vom Regen überrascht. Das Sprichwort sagt: Wenn Engel reisen, lädt der Himmel! Deshalb hat er bekannt Feinden gefasst. Sterblich gehört ihnen der gegen 7 Uhr abends in unserem Heimatdorfchen nieder an. Wir freuten uns mit dem Besuchten, einer heiligen und tugendhaften Tag verließ zu haben. Wenn es auch regnete, was ging die Sonne nicht unter.

Rücks.

Am 8. Juni d. J. fanden wir uns in Rosbach zu einer Arbeitersinnenversammlung. Kollegin Bertha war zu uns gekommen, um mit uns über Fragen und Erfahrungen der Gegenwart zu sprechen. Obwohl mir mir in einem kleinen Kreise waren, war das Interesse ein lebhaftes und hatte einen erregenden Beobachtungswert zur Folge.

Als alle führt die harte Notwendigkeit der Gewerkschaft, und kommt in die Furcht, und die Not ist es auch, die uns zwinge, trotz Unzulänglichkeiten und schwierigen Verhältnisse anzupassen und jogt noch um unsern Arbeitsplatz zu bangen. Wir wissen die Schwere unserer Zeit nicht nur vom Hören, sondern wir führen sie an uns selbst, weil wir tagtäglich damit zu tun müssen. Gott sei Dank sind wir noch nicht ganz der Willkür unserer Zeit unterworfen. Dennoch den Gewerkschaften heißtet die Arbeit unangenehm schwer gemacht wird, haben sie sich doch nicht davon absagen lassen, sich ganz für die Arbeitserfüllung einzusetzen. Man sollte eigentlich erwarten, daß der Kampf unserer Zeit auch dem letzten die Augen für die Notwendigkeit der Gewerkschaften öffnen würde, so daß er sich seiner Pflicht, die Gewerkschaften durch Bildungsdienst und Tätigkeit zu unterstützen, bewußt würde. Wie verzweifelt sie aber noch immer dieser Kampf! Da ist es unsere Aufgabe, die Menschen zu gewinnen, damit sie ansetzt, was ihr Platz zu sein, mit was arbeiten für unsre große Idee. Wenn wir jemals Gewerkschaften brauchen, dann brauchen wir ja keine Freude, daß sie uns nicht das einzige Mittel, was uns vor notleidender Misere retten kann. Von diesem Beobachtungswert, welche wir in uns mit unserer Gewerkschaftsbewegung haben.

Unsere Erfahrung der Berichterstattung sprach auch der als Gap erkannte Sozialer Herr Rudolf Schmitz beobachtete. Er besaß ganz besonders, daß wir uns auch heute, trotz der

düsteren Zeit, die Berufsfreude nicht nehmen lassen sollten. Auch diesen Gedanken wollen wir festhalten und zu verwirklichen suchen, weil er uns bei unserer täglichen Berufsaarbeit sehr nützlich sein kann. So wollen wir uns trock Not und Härte der Zeit stark und froh zur Arbeit bekennen und uns gegenseitig unterstützen, auf daß wir mit vereinten Kräften die Aufgaben der Gegenwart meistern.

H. H.

Aus der Jugendbewegung

Bücherach-Riß.

Am Sonntag, dem 19. Juni, bei strahlendem Sonnenschein, sammelte sich die christliche Textilarbeiterjugend beim Bürgerheim zu einem Ausflug auf die Heinrichsburg. Um 5,45 Uhr marschierten wir unter Führung der Kollegen A. Käfer, Seif und der Kollegin preußische des Märkweg entlang, dann auf die Straße zum Jordanbad, um dort den Gottesdienst zu besuchen. Nach erfüllter Christenpflicht gingen wir durch Umendorf, Gisbach seitwärts liegend, auf den Waldweg, der zur Heinrichsburg führt. Es war ein wunderbares Wetter über die malerischen Höhen. Um 8,30 Uhr machten wir Rast, nachher gab es eine große Zammetzappentischlacht. Dann gingen wir weiter, um an einem geeigneten Platz mit einem Fotoapparat Aufnahmen zu machen. Um 12 Uhr kamen wir auf der Heinrichsburg an, von wo man Eberhardzell im Tal liegen sieht und ringsum Wald und Feld so schön grün und blau. Leider konnten wir die Alpen mit ihren Schneebergen nicht sehen. Nach einer Stärkung sammelten wir uns auf einer Wiese, um etwas auszuruhern, nachher machten wir Spiele. Um 2 Uhr marschierten wir wieder der Heimat zu. An Scherz und Spott fehlte es nicht. Röhrlischer Humor boten die Kollegen Käfer und Seif, welche auf der ganzen Wanderung viel zur Erheiterung beitrugen. Abends 6 Uhr kamen wir nach Eute. Wir werden uns noch lange freuen über diesen schönen Juniausflug.

Anna Held.

Jugendtreffen der weiblichen und männlichen Jugendgruppen der Geschäftsstelle Eschweiler-Dülmener.

Am 5. Juni fand das Jugendtreffen der Geschäftsstelle Eschweiler-Dülmener des christlichen Textilarbeiterverbandes auf der Kettwigsburg in der Nähe von Dülmener statt. Gegen 9 Uhr trafen die Teilnehmer aus allen Ortsgruppen zahlreich ein. Um 9,30 Uhr war gemeinsamer Gottesdienst. Nach demselben versammelten sich die Teilnehmer im Zoala-Biesmeyer zu einer kleinen Erwachsenung. Jugendführer Jakob aus Dülmener eröffnete dieselbe und hieß alle herzlich willkommen. Besonders begrüßte er auch den Geschäftsführer Kollegen Göde aus Eschweiler, der das Treffen vorbereitet hatte. Nachdem zwei Teilnehmer noch einen Prolog vorgebracht hatten, übernahm Kollege Jakob dem Kollegen Goede das Wort zu seinem Vortrag. Auch dieser hieß die Teilnehmer herzlich willkommen und bestonte, daß es ihm eine besondere Freude sei, eine so große Zahl begleiten zu können. In dieser schwierigen Zeit sei es von doppelter Art, Jugendtränen zu veranstalten, denn Zweck des Treffens sei es, jugendlichen Freiheiten zu wecken und die Teilnehmer zu stärken für erneute Verbandsarbeit in der schweren Zeit. Die Verbundenheit sei heute auf das jähmste aller ihrer Rechte bedroht; deshalb sei es eine ernste Pflicht, die Freiheit enger zu schließen. Die neue Zeit kommt unverhofft, und bei uns Frage die Entscheidung, ob sie in unserem Sinne kommen soll oder im Sinne der Bourgeoisie. Beide Seiten dankte dem Kollegen Goede für seine Ausführungen. Nach einem Gedicht, vorgetragen von einer Kollegin und dem frisch gejungenen Lied „Kommt wir schreien Seit an Seit“ fand die Kundgebung ihren Abschluß. Es wurde dann in die Mittagspause eingetreten. Der Nachmittag war dem Spiel und Sport gewidmet. Die besten Sportlerinnen und Sportler erhielten Preise. Auch bei der Verlosung konnten verschiedene noch schöne Preise gewonnen. Aufzäckhaft verloren die Stunden, und gegen 6 Uhr war das Ende des Treffens erreicht. Zu Zug, per Rad und per Auto zogen die Teilnehmer ab, geführt für die Arbeit, die ihrer in der kommenden Zeit horrt.

Heinrich Willmer.

Aus der Jugendbewegung des Geschäftsführerbezirks Bupperfeld-Essfeld.

Die Jugendgruppen der Ortsgruppen Neukirchen und Kupferdrach, welche in den letzten Monaten wieder erneut bezogen, neugegründet wurden, machten am 4. Juni mit den Ortsgruppenvertretern eine kleine Halbtagswanderung zu dem wunderbaren Teilstück. Der um die Mittagszeit einsetzende Regen hatte keinen von den Teilnehmern zurückgehalten. Gegen 4 Uhr trafen sich beide Gruppen auf dem Gut Kühnreichenfeld (Nähe des Langenberger Senders, Bergische Schweiz). Nach einem kurzen Fried und einem Begrüßungsreden mundeten die mitgebrachten Butterbreote bei gäumen und rommigem Kaffee vor. Erstes und Letzteres wurde geboten. Die verschiedenen Spiele und Sitzungen wechselten in dritter Reihenfolge. Sogar eine Verlosung (von der Behörde genehmigt) wurde mit großem Beifall angenommen. Nachdem der Frohsinn reichlich Reibung geirrgangen, kammele man sich wieder zu erster Arbeit. Über Fried und Fried unserer Jugendarbeit sprach Kollege Krieg.

Zum Schlusse hatte außer lieber „Oskar August“ noch eine besondere Überraschung. Nachdem der längere Zeit mit dem Chef der Schule kaum gewusst hatte, erhielt jeder Teilnehmer zum Schlus noch ein frisch gekochtes Eis nebst Zubrot.

Mit einem ersten Schlußwort und einem „Hoch“ auf unseren lieben christlichen Textilarbeiterverband und dem gemeinsamen Sein des Bundesheeres wurde die Sitzung beschlossen.

Zum zweiten Dankevortrag an den Gott mit für die freundliche Teilnahme wurde der Heimweg über Langenberg mit dem Gedicht „Kommt wir schreien Seit an Seit“ unterteilt in dem Begegnungsraum, einen schönen Tag verlebt zu haben und mit dem Bratwurst, bald wieder zusammenzufinden.

Dieses Sonntags fand nun am Sonntag, dem 17. Juli, entspannen werden. In dieser Tage findet in dem schönen Hesperfeld bei Berbera ein Jugendtreffen der Geschäftsführerbezirk Bupperfeld statt. Es mag nun folgende einer Ortsgruppen sein, für dieses Treffen rechtzeitig zu rüsten.

Schicksale aus den Ortsgruppen

Wolfsburg. Hier steht in Gründen sondern will, der Gott der Seite entgegen. — Heute sollte die christliche Gemeinschaft von Neukirch ihre Ruderer auf Doloren antreten. Gottlob zeigte die Sonne ihre ersten Strahlen am bläulichen Himmel und ließ das Herz eines jeden fröhlicher werden. Unzählig zählten die ersten am Bootshafen, bis auch die übrigen sich einsetzen. Endlich kam der Zug, auf dem man schon sehnsüchtig wartete. Und die Freudenreiche Freude! Bald schon waren wir in Richtung, wo wir ankommen und den weiteren Weg zu den anderen Heilen. Wie kann man keine Freude und so gute Getreidehelden. Oft liegt der Ruder auf dem Wasser durch sein Aufsehen. Wir freuen Sicht wunderbar mit dem Bootshafen und einem Dorfplatz zu. Dort saßen wir ruhig, da was ein nicht leichter Gang überwindig. Danach freuten wir das Innere des Bootshafens, welche jetzt von unten durch sein kleines

Türchen erkennbar ist. Auf Schusters Rappen wurde unsre Wanderrung fortgesetzt, bis wir das Dorfchen Wühleseien erreichten. Dort fand sich ein guter Landwirt, der uns umgefragt bereitwillig bis Dalkau begleitete und die Führung übernahm. Der Weg ging durch schöne Laub- und Nadelwaldungen, über Berge und Ebenen. Wandervieden erfreute Herz und Gemüt. Nach mehrstündigem Wandern wurde Rast gehalten, da wir Dalkau, unser Ziel, erreicht hatten. In Gottes freier Natur, unter klarblauem Himmel, wurden unsere mitgenommenen Schätze ausgepackt und Mittag gemacht. Nach lustigem Spiel und längerem Rasten führte uns der Weg nach Wühleseien zurück, von wo aus uns unser dankenswerter Führer auf dem Rückenwisch führte. In trautes Schlesierland, wie wonnig schauen wir deine Berge, deren Schönheit die Hand des Schöpfers schuf! Ihm verdanken wir es, daß uns diese Schönheit gezeigt liegt. Dann und wann jung eine Nachtgall in den hochragenden Bäumen, die wie schwere ihre herliche grüne Zweige über uns hielten. Zu unseren Füßen schauten wir ein Meer von duftenden Maiglöckchen. Bescheiden plückten wir einige, um damit unser Stükchen freundlicher zu gestalten. Doch die eilende Zeit erlaubte es nicht, uns noch länger dieser Schönheit zu widmen, denn erst in zwei Stunden konnten wir den vorgeschlagenen Bahnhof erreichen. Unsere Pfade führten wiederum durch Wiesen und Felder und durch das Dorfchen Bainau. So erreichten wir mit Freude und Gesang den Beuthener Bahnhof. Der Zug brachte uns nach unserem Heimatstädtchen Neujatz zurück. So bot denn der schöne Maimonat unserer Ortsgruppe, der christlichen Gewerkschaft zu Neujatz, einen Ferienausflug, der uns unvergänglich bleibt. Pfannenfähig ging so unsere Wanderrung von staten.

Einen weiteren Ausflug konnten wir in unserer Ferienzeit leider nicht unternehmen, da es erstens aus finanziellen Gründen nicht ging und zweitens es bei den meisten Menschen an dem nötigen Verbandsinteresse fehlt. Immer wieder müssen wir betonen, daß doch viele den Weg zur christlichen Gewerkschaft noch nicht gefunden haben, da es an der nötigen Einsicht fehlt. Diese Leute wollen stets schlauer sein, als ein christlich Organisierte. Der Verband könnte ja doch nichts machen, ist stets die von ihrer Seite vertretene Meinung. An folgendes denken sie freilich nicht: gäbe es nämlich keine Gewerkschaften, so ginge es uns gewiß noch viel schlechter, als es uns bisher schon geht. Jeder dieser Unorganisierten sollte sich erst mal besser überzeugen und zweitens auch mal Zeit übrig haben, eine Versammlung der christlichen Gewerkschaften zu besuchen. Doch an diesem Interesse fehlt es genöhnlich. Diese Leute sprechen niemals aus reiner Überzeugung. Leider weiß manch einer noch nicht, wie man seine christliche Gesinnung vertritt, sondern bemüht sich lieber, zu einer entgegengesetzten Richtung Stellung zu nehmen. Darum von jetzt ab ein anderes Leben: Auf zum Kampf! Helft, daß jeder Arbeiter, mag er in dem einen oder anderen Betriebe beschäftigt sein, christlich organisiert ist! Denn je stärker der Verband, je größer die Kraft. Die Unorganisierten sind es, denen wir einen gut Teil unserer Notlage zu verdanken haben. Drum mit frischem Mut an die Werbearbeit!

Buchbesprechung.

Europa und Liebende, von Heinrich Suse Waldeck, Verlagsanstalt Tyrolia, München.

Ein Roman, der in bunter Vielheit von Gestalten und Geschehnissen das Problem städtischer Lebensmoral aufrollt. Auf dem lebendigen Hintergrund Altvieler Milieus und Neubauern Großstadtkleinbuden zeichnet der Dichter in treffender Darstellung Menschen in Licht und Schatten, leuchtet in die dunklen Schicksale häutiger Existenz, verkommerter Taugenichts und Subjekten ebenso rücksichtslos, wie er mit schlichtem Verstehen das Ringen Irrender und Suchender und das ausopfernde Felsen liebender Seelen, die südliche Geduld in sich gereifter Charaktere darstellt. Soziale Probleme einer anderen Welt des Bürgertums werden betrachtet in der Perspektive des Grundgesetzes. Weltanschauungen und finden darin ihre Lösung. Die diebstahlhafte Handlung ermüdet nicht in Moralbetrachtung, sondern ist immer lebendig im Fluss, von frischem Humor und befreiendem Optimismus getragen.

Volk und Boden, von H. J. Wagner, Alfred Trotski-Berlag, Potsdam.

Nach dem Begriff „nationalistischer“ Phrasen, mit denen man gerade in den letzten Monaten politischer Hochkonjunktur die Zins- und Bodenfrage verbrämt und verunziert hat, um sie mehr oder weniger parteilichen Agitationsbedürfnissen auszuliefern und politisch zu missbrauchen, wirkt diese sachlich klare Schrift wahrhaft befriedigend. Sie zeigt uns das Bodenproblem wieder als das, was es in Wahrheit ist: als das Lebensproblem des gesamten deutschen Volkes ohne Unterschied des Standes und der parteipolitischen Auffassung. Sie zeigt darüber hinaus mit eindringlicher Wucht, wie unpolitisch engstirnig, ja wie unverantwortlich jene Kräfte handeln, die aus engstirnigem Interessenpolitik sich einer vernünftigen Boden-, Siedlungs- und Agrarpolitik entgegenstellen und damit die wohlauf nationale Biedergewandlung unseres Volkes und seine Rücksichtung zu natürlicher Bodenständigkeit verhindern. So kommt dieser wertvolle Schrift gerade in der Gegenwart eine erhöhte Bedeutung zu. Niemand, der die aktuellen grundlegenden Auseinandersetzungen verfolgt oder an ihnen irgendwie beteiligt ist, kann sie entbehren.

Sterbetafel

— Bismann, Bremen, 78 J. — Joh. Dötsch, Bamberg, 60 J. — Georg Schäferling, Oberndorfersbach, 50 J. — Joh. v. Bayel, Nienburg, 56 J. — Julie Ritter, Wehr, 55 J. — Joh. Grundmann, Bremen, 21 J. — Peter Hebbel, T. Gladbach, 72 J.

Ruhe in Frieden!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: frei Volk — frei — Rutswechsel im Reichsarbeitsministerium. — Katastrophenpolitik! — Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. — Beamtengehälter und Doppelgehälter. — Rauverordnungsfolgen. — Krise durch Rohstoffmangel. — Eine bemerkenswerte Neuheit der Gußminze-Bürokratendramatik. — 25 Jahre Gewerkschaftsführer. — Der Aufstand für den Arbeitslosen. — Feuilleton: Rights für ungut! — Allgemeine Rundschau. — Aus der Arbeitersinnenbewegung. — Greforth. Unser Himmelfahrtsausflug nach Herdingen a. Rh. — Aus der Jugendbewegung des Geschäftsführerbezirks Bupperfeld-Essfeld. — Berichte aus den Ortsgruppen: Neuholz. — Buchbesprechung. — Sterbetafel.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Gloriastraße 7